

# Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. • Luisenstraße 26 • 65185 Wiesbaden

An den Vorsitzenden des  
Innenausschusses  
Herrn Christian Heinz  
Hessischer Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

31. Januar 2020

## **Stellungnahme der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V. zum Gesetzentwurf der Fraktion CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften – Drucksache 20/1644**

Sehr geehrter Herr Heinz,

die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. (Liga) bedankt sich für die Möglichkeit zu o.g. Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

Wir begrüßen die Absicht des Landes Hessen, die politische Teilhabe von in hessischen Kommunen lebenden Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Denn die Landespolitik muss sich nicht nur an ihren Integrationsmaßnahmen messen lassen, sondern auch die erforderlichen Rahmenbedingungen herstellen, die eine aktive politische Partizipation ermöglichen.

### 1. Vorbemerkung

Eine Demokratie lebt von der aktiven Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Dazu ist erforderlich, dass die Kluft zwischen Wohnbevölkerung und Wahlbevölkerung kleiner wird und nicht wächst.

Deshalb hat sich die Liga zusammen mit vielen anderen schon im Jahr 2009 im Rahmen der Kampagne „Demokratie braucht JEDE Stimme“ für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle in Hessen lebenden Migrantinnen und Migranten stark gemacht.

Wir sind der Überzeugung, dass eine gesellschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten nur gelingen kann, wenn sie an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitwirken können. Denn ob es genügend Kindergartenplätze im Stadtteil gibt oder die Wohnstraße verkehrsberuhigt wird, sind Angelegenheiten, die auch Migrantinnen und Migranten unmittelbar betreffen. In anderen europäischen Ländern (Schweden, Niederlande, Belgien, Dänemark, Irland, Finnland) ist das schon längst Praxis.

Das Land Hessen hat mit der Kampagne „Hessen und ich DAS PASST“ einen Schritt zur Verbesserung der Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten gemacht.



Landesverband  
der Jüdischen  
Gemeinden in  
Hessen K. d. ö. R.

Liga der  
Freien Wohlfahrtspflege  
in Hessen e. V.

Luisenstraße 26  
65185 Wiesbaden

Fon: 0611/30814-34  
Fax: 0611/30814-74

info@liga-hessen.de  
www.liga-hessen.de

# Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. • Luisenstraße 26 • 65185 Wiesbaden

Trotzdem sind die Einbürgerungsquoten in Hessen gering. Zwar sind die Zugangsvoraussetzungen zur deutschen Staatsangehörigkeit auf der Bundesebene geregelt, die voneinander abweichenden Einbürgerungsquoten in den Bundesländern machen jedoch die politische Haltung einer Landesregierung deutlich.

## 2. Anmerkungen zum Gesetzentwurf

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht künftig die Einrichtung von Integrationskommissionen oder Ausländerbeiräten als Optionsmodell vor. Dies könnte die Anzahl der Ausländerbeiräte erheblich reduzieren, was nach Einschätzung der Liga auch die Existenzberechtigung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) in Frage stellen würde. Dies hätte zur Folge, dass Drittstaatsangehörige über keine andere Form der politischen Teilhabe verfügen. Bereits 2014 hat die agah konstruktive Vorschläge zur Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte vorgelegt. Der o.g. Gesetzentwurf greift keinen dieser Vorschläge auf. Aus den genannten Gründen sieht die Liga die Integrationskommissionen nicht als gleichrangige Option neben den Ausländerbeiräten an und lehnt das Modell ab.

Im Koalitionsvertrag der Hessischen Landesregierung wurde die Verbesserung der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten zugesichert. Damit das gelingt, bedarf es, nach unserer Auffassung eines Dialogs mit den betreffenden Nichtregierungsorganisationen, wie beispielsweise der agah und der Liga.

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V. fordert weiterhin die Einführung eines Kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige und die verstärkte Bemühung, die Einbürgerungsquoten zu verbessern, weil wir nicht nur über Demokratie reden und für sie streiten müssen, wir müssen Demokratie auch leben.

Mit freundlichen Grüßen

---

Stefan Gillich

Vorsitzender des Arbeitskreises „Armut, Migration und soziale Integration“

**Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. ist der Zusammenschluss der sechs hessischen Wohlfahrtsverbände. Sie vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen gegenüber der Politik ebenso, wie die Interessen ihrer Mitgliedsverbände. Mit ca. 7.300 Einrichtungen und Diensten sind die Mitgliedsverbände ein bedeutender Faktor für die Menschen, für eine soziale Infrastruktur und für die Wirtschaft in Hessen.**

**Nah an den Menschen und ihren Bedürfnissen wissen die rund 113.000 beruflich Beschäftigten und rund 160.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen in Pflegeeinrichtungen, Behinderteneinrichtungen, Werkstätten, Tagesstätten, Bildungsstätten, Beratungsstellen, in den Frühförderstellen, ambulanten Diensten und anderen Einrichtungen um die sozialen Belange und die realen Rahmenbedingungen in Hessen. Diese Kenntnisse bringt die Liga in die politischen Gespräche auf Landesebene und mit Verhandlungspartnern und Kostenträgern ein.**



Landesverband  
der Jüdischen  
Gemeinden in  
Hessen K. d. ö. R.

Liga der  
Freien Wohlfahrtspflege  
in Hessen e. V.

Luisenstraße 26  
65185 Wiesbaden

Fon: 0611/30814-34  
Fax: 0611/30814-74

info@liga-hessen.de  
www.liga-hessen.de